

Andreas Herberg-Rothe

Begriff und Konzeption des Weltordnungskonfliktes und -krieges

Allgemeine These:

Die Suche nach einer neuen Weltordnung nach dem Kalten Krieg und einer intensivierten Globalisierung führt (zunächst ?) zu Konflikten und Kriegen um die „Ordnung der Welt“.

Vorüberlegungen

Mit dem Begriff des Weltordnungskonfliktes und -krieges soll versucht werden, die verschiedenen post-Bestimmungen wie post-Westfälisch (Schneckener 2005), post-kalter Krieg, post-national (Zangl 2005) usw. durch ein einheitliches Konzept zu ersetzen, um die gegenwärtigen Entwicklungen bezüglich Krieg und Gewalt in der Weltgesellschaft besser zu erfassen. Die post-Bestimmungen haben nicht nur das Problem, dass sie einen grundlegenden Trennungsstrich zwischen der vorherigen und der gegenwärtigen Entwicklung ziehen müssen (ähnlich etwa der Gegensatz von neuen und alten Kriegen (Geis 2006, 12)), sondern auch, dass sie die gegenwärtigen Entwicklungen selbst noch in der Negation durch die Brille des alten Paradigmas sehen. Genau die gleiche Problematik betrifft die verschiedenen „Ent-“Bestimmungen: Entstaatlichung, Entpolitisierung, Entmilitarisierung, Entzivilisierung, Entterritorialisierung, Entgrenzung (Geis 2006, 19). In gewisser Hinsicht wird in diesen Ansätzen eine vorherige Entwicklung idealtypisch hypostatisiert, die es in dieser Form historisch so nicht gegeben hat. Insbesondere das Westfälische System, das erst nach 1989 zu Ende gegangen sein soll, wurde bereits durch die Revolutions- und napoleonischen Kriege von 1792-1815 grundlegend erschüttert genauso wie durch die Interventionen in den russischen Bürgerkrieg sowie die zahlreichen Interventionskriege an den Peripherien des Ost-West-Konflikts. Genau genommen kann der Großteil der Kriege des gesamten 20. Jahrhunderts und insbesondere der erste und zweite Weltkrieg bereits nicht mehr in den

Kategorien des „Westfälischen Systems“ gedacht werden, genau so wenig wie der Kalte Krieg. Das entscheidende Problem dieser Bestimmungen scheint weniger in der Aufzählung von empirischen Befunden des post-Zustandes zu liegen, sondern in der idealtypischen Konstruktion des vorherigen Zustandes (Echevarria 2005).

Aber auch die weit über 200 Kriege, die sich zwischen 1945 und der Jahrtausendwende auf der Welt ereigneten, haben nicht zur völligen Auflösung der staatlichen Ordnung der Weltgesellschaft geführt (Schlichte 2006, 18, unter Verwendung einer Unterscheidung der folgenden Realtypen: Dekolonisationskriege, sozialrevolutionäre Kriege, Kriege im Entwicklungsstaat, Kriege im neopatrimonialen Staat, Kriege im peripheren Sozialismus; ebd., 7). Im eigentlichen Sinne gibt es Prozesse des Staatszerfalls und so genannte failed states nur in neopatrimonialen Kriegen, zumeist südlich der Sahara. In nahezu allen anderen Fällen vermengen sich Fragen der politischen und sozialen Ordnung mit der Konkurrenz um Chancen der Akkumulation politischer und ökonomischer Machtmittel.

Selbst bezüglich neo-patrimonialer Kriege ist argumentiert worden, dass es sich hierbei um im wesentlichen politische Konflikte handelt. Ausgangspunkt der Untersuchung von Isabelle Duyvesteyn ist eine sehr weite Definition von Politik in Anlehnung an Robert Dahl: Ein politisches System in diesem Sinne ist definiert als „any persistent pattern of human relationship that involves, to a significant extent, power, rule or authority“ (Duyvesteyn 2005, 9). Von dieser Definition ausgehend, betont sie zwar einerseits die Unterschiede des westlichen Verständnisses von Politik und des patrimonialen Systems hauptsächlich in Schwarz-Afrika, macht zugleich jedoch deutlich, dass ihr allgemeiner Begriff von Politik beide Konzeptionen übergreift. Duyvesteyn verweist insbesondere darauf, dass in den von ihr untersuchten patrimonialen Systemen die Unterschiede von Ökonomie und Politik nicht so eindeutig zu ziehen sind wie dies im westlichen Verständnis üblich ist. Scheinbar reine Kämpfe um die Aneignung von Ressourcen können insofern machtpolitisch motiviert sein, um die eigene Anhängerschaft zu unterhalten und ihre Gefolgschaft aufrecht zu erhalten. Da die eigene Machtposition in diesen Konflikten sehr häufig durch das jeweilige Ansehen bestimmt ist, durch die jeweilige Autorität und den Anspruch auf Führerschaft, können auch nicht-politische Sachverhalte in einen machtpolitischen Kontext eingebunden sein. Ihre Annahme ist somit nicht, dass ökonomisch, religiös oder ethnisch bestimmte Konflikte in allen Fällen politisch sind, sondern dass diese Konflikte in einen politischen Rahmen innerhalb eines patrimonialen Systems eingebunden bleiben.

Duyvesteyn argumentiert, dass das Nicht-Begreifen von scheinbaren Auseinandersetzungen um

ökonomische Ressourcen als in Wirklichkeit machtpolitisch bestimmt, zum Scheitern der Interventionen in Somalia zur Befriedung des Konflikts mit beigetragen hat. Denn die Wahrnehmung des Konflikts als ökonomisch oder ethnisch bestimmt führte dazu, den Konfliktparteien eine politische Lösung bzw. ein politisches System aufzwingen zu wollen, dass die Eigenheiten des immer noch existierenden patrimonialen Systems ignorierte. Verkürzt dargestellt, entschärfen Gewaltenteilung und das Austarieren der politischen Macht zwischen politischen Gegnern in demokratischen Gesellschaften den Konflikt, während eine solche Perspektive in patrimonialen Strukturen den Konflikt im Gegenteil eher verschärft. Duyvesteyn empfiehlt hierauf aufbauend, dass eine Intervention in Bürgerkriegssituationen in Gesellschaften mit einer patrimonialen Struktur die Herrschaft nur einer der beteiligten Parteien favorisieren sollte, weil nur auf diese Weise stabile Strukturen geschaffen werden können, relativ unabhängig von der jeweiligen Ideologie, da diese selbst nur machtpolitisches Mittel ist. Nur in einem stabilen Ordnungsrahmen eines patrimonialen Systems sei es in diesen Fällen möglich, zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen (Duyvesteyn 2005). Kriege und Konflikte in patrimonialen Systemen sind demzufolge nur vordergründig um ökonomische oder ethnische Auseinandersetzungen zentriert, im Kern jedoch innerhalb einer bestehenden Ordnung angesiedelt.

Es ist zudem eine historisch zu illustrierende Erfahrung, dass nach umfassenden kriegerischen Katastrophen sowie dem Zusammenbruch von Weltordnungen die Suche nach einer neuen Weltordnung mit einer immanenten Notwendigkeit auf der Tagesordnung stand – und es ist kein Zufall, dass diese nach der Entdeckung der beiden Amerikas durch Kolumbus von grundlegender Bedeutung wurden (Voigt 2005, 36). Denn schon kurz danach (1793) wurde „die Welt“ durch den Schiedsspruch des Papstes zwischen Spanien und Portugal aufgeteilt (Voigt 2005). Weitere Eckpunkte waren der Westfälische Frieden, der Wiener Kongress, der Völkerbund nach dem 1. Weltkrieg sowie die Institutionalisierung der Vereinten Nationen nach dem 2. Weltkrieg, denen jeweils machtpolitisch eine Aufteilung der Welt entsprach.

Diese Kombination von Weltordnungen aus vertraglichen Vereinbarungen und machtpolitischen Aufteilungen entspringt der begriffslogischen Unterteilung des Ordnungsbegriffs in Inklusion bzw. Selektion und Exklusion.ⁱ Der entscheidende Gegensatz in der Herausbildung unterschiedlicher Weltordnungen ist derjenige von Hegemonie/Macht und Selbstbestimmung/Emanzipation (Menzel 2004, der von den Paradoxien der Weltordnung spricht).

Eine kurze Notiz ist an dieser Stelle nötig, denn beide Begriffe sind keineswegs eindeutig positiv oder negativ zu belegen, der Begriff der Selbstbestimmung hat genauso wie derjenige der Emanzipation (Menzel 2004) seine Schattenseiten.. Die entsprechende historische Erfahrung ist in Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg verkörpert. Hier hat es zunächst in nahezu allen

Verliererstaaten Demokratisierungsprozesse, ja demokratische Revolutionen gegeben. Fast alle endeten jedoch in totalitären bzw. faschistischen Herrschaften oder in Diktaturen. In Ost-Europa und auf dem Balkan wurde das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, das US-Präsident Wilson verkündete, nicht im demokratischen Sinne, sondern im nationalistischen gedeutet und als Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen praktiziert bis hin zum ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts, dem an den Armeniern (Diner 1999: 58 ff.).

Bezüglich des Begriffs der Emanzipation ist sogar von einer Umkehrung, einer anderen Dialektik der Aufklärung zuzusprechen. Denn die Emanzipation von der Natur durch den Einsatz von Wissenschaft und Technik kann nicht nur zur Zerstörung der Natur führen, auch ein allgemeiner inflationärer (Menzel 2004, 16) Diskurs von Emanzipation und Selbstbestimmung hat seine eigene Dialektik: Die Emanzipation von der Mühsal körperlicher Arbeit für einen Bruchteil der Weltbevölkerung kann in diesen Fällen zur Arbeitslosigkeit führen, die Selbstbestimmung von Gemeinschaften (nicht Individuen) zum Fremdenhass und dem Ausschluss von anderen (Menzel 2004, 17). Bezüglich der Post-Bestimmungen ergibt sich die gleiche Problematik wie in der Kategorie der Umkehrung, analog zur Umkehrung Hegels im Marxismus. Louis Althusser als einer der schärfsten Kritiker der Kategorie der Umkehrung hob hervor, dass eine solchermaßen "umgestülpte" Philosophie keineswegs von der ursprünglichen völlig verschieden sei. In Wahrheit blieben ihre Struktur, ihre Probleme genauso wie der Sinn ihrer Probleme von der gleichen Problematik durchdrungen wie ihr "direktes Gegenteil". Georges Labica resümierte, dass die "Allegorie der Umkehrung" weder bei Marx und Engels selbst noch im Anschluss an beide ein angemessenes Begreifen einer materialistischen Dialektik ermöglichte. Die Kategorie der Umkehrung habe nur Wert als Indikator von Problemen, die größtenteils offene seien, weshalb auf den Marxschen Gebrauch verzichtet werden müsse.⁴

Ausgehend von Zygmunt Bauman's Begriff der Glokalisierung, die eine entgegengesetzte Entwicklung von Globalisierung und „Lokalisierung“, regionalen Kämpfen um Identität, konstatiert, werden mit dem Begriff des Weltordnungskonflikts entgegengesetzte Tendenzen zusammengefasst: auf der einen Seite Konflikte und Kriege um großräumige Weltordnungen, auf der anderen Konflikte und Kämpfe um lokale und regionale Ordnungen.ii Obwohl es Weltordnungen im engeren Sinne erst seit der Entdeckung der beiden Amerikas geben kann (Voigt 2005), kann man von Weltordnungen in einem umfassenderen Sinn seit den frühesten menschlichen Gesellschaften sprechen. So betonte Eric Voegelin, dass die Ordnung der Geschichte die Geschichte der Ordnungen sei. (Voegelin 2004) In einem allgemeinen Sinne kann Weltordnung als Ordnung der Ordnungen (Kuntz 1967) sowie vor allem als „Ordnung von Ordnungen und Un-Ordnungen“

bestimmt werden. Für das jeweilige historisch-soziale Verständnis von Ordnung ist die Grenze der Ordnung sowie die Bestimmung des Gegensatzes von Ordnung von fundamentaler Bedeutung. (ausführlich Waldenfels 1987).

Im Zuge von Diskussionen über die Bedeutung von räumlichen und sozialen Grenzziehungen für die Entwicklung von Krieg und Gewalt in der Neuzeit hat sich ein Diskurs herausgebildet, der entweder die Bedeutung von Grenzen relativiert (Waldenfels 1987) oder aber den Ausschluss von Fremden durch Grenzziehungen zwischen Nationen, Völkern und Gemeinschaften als Voraussetzung ihrer Vernichtung begreift (Bauman 1992; 1995). Obwohl insbesondere die von Bauman untersuchten Sachverhalte bezüglich des Nationalsozialismus unbestritten sind, ist ihre Verallgemeinerung schwer zu begründen. In begrifflich-systematischer Perspektive ist darauf zu verweisen, dass die für die Identitätsbildung konstitutive Innen-Außen-Differenz keinesfalls in jedem Fall mit einer Freund-Feind-Dichotomisierung zusammenfallen muss. Es sind andere Arten der räumlichen Relationen möglich, die nicht mit so scharfen Grenzziehungen im Sinne des Anderen als dem Fremden, dem Feindlichen arbeiten, sondern eine Einheit in der Verschiedenheit bzw. eine Verschiedenheit in der Gleichheit hervorheben, Hannah Arendts Begriff der Pluralität.

Die negative Aufladung des Außen im Rahmen von Grenzziehungen kann zudem zurücktreten. Die Schwerpunkte können sich von der negativen auf die positive Identifikation verschieben. Identifikation bedeutet insofern zwar immer Besonderung, aber nicht notwendig Absonderung. Zum Beispiel wäre auch eine Gegenüberstellung im Sinne von Teil und Ganzem oder entsprechend dem Nachbarschaftsmodell möglich (Luutz 2003). Die Konsequenz hieraus ist, dass bei der Beurteilung der Kategorie der Grenze zwei unterschiedliche Fragen im Zentrum stehen: wird die Grenze eher unter dem Aspekt des nachbarschaftlichen Einschlusses oder aber des Ausschlusses betrachtet (Wokart 1997)? Selbst unter dem Gesichtspunkt des Ausschlusses von anderen muss der Andere nicht unbedingt und automatisch der zu vernichtende Feind sein (siehe etwa die gesamte Diskussion um den „Anderen“).

Positive Leistungen von Grenzsetzungen als Formen von Inklusion und Exklusion sind etwa die Begründung von Normen im Recht und Autorität in der Politik. Darüber hinaus können sie sinnstiftend wirken, indem Sinn- und Erwartungsgrenzen festgelegt werden (Leggewie 2003: 22f.). Der Soziologe Georg Simmel betonte, dass die Grenze keine „räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen“ sei, sondern „eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt“ (Simmel 1992: 695-697). Im Grunde genommen spielen Grenzziehungen seit jeher eine zentrale Rolle in der menschlichen Gesellschaft, wie zum Beispiel die mosaischen zehn Gebote zeigen: Fast

alle haben die Form „Du sollst nicht“. Es wird somit nicht primär ausgesagt, wie man sich „positiv“ zu verhalten hat, sondern wo die Grenze des eigenen Verhaltens liegt. Insofern setzt vor allem das Recht Grenzen menschlichen Verhaltens, (Böckenförde 1997: 278) wie umgekehrt Recht Ausdruck menschlicher Grenzsetzungen ist. In einer globalisierten Welt wächst die Bedeutung von Grenzen, die durch Symbole, Normen, Recht und Diskurse gesetzt werden, im Unterschied zu Staatsgrenzen (Bonacker 2004). Entgrenzende Prozesse von Expansion, Universalisierung und Globalisierung haben in der neueren Geschichte immer wieder neue Begrenzungen in Gesellschaften wie Zivilisationen hervorgebracht (Osterhammel 1997: 219). Um sich als zivile Gesellschaften wie als Zivilisationen gegenüber diesen „Entgrenzungen“ selbst erhalten zu können, war eine durch Gesellschaft, Kulturkreis wie Gemeinschaft gesetzte Grenze insbesondere gegenüber Krieg und Gewalt stets unerlässlich, die letztlich erst Ordnungen ermöglichte..

Für die gegenwärtige Entwicklung sind zwei zunächst voneinander unabhängige Entwicklungen von ausschlaggebender Bedeutung. Einerseits das Ende des Kalten Krieges und damit zusammenhängend die weltweite polare politische Ordnung, die, obwohl auf einem grundlegenden Gegensatz basierend, eine äußerst effektive weltweite Ordnung darstellte. Die dem nuklearen Patt eingeschriebenen Ordnungsvorstellungen waren in systemischer Hinsicht nicht nur in hohem rational, sondern erfassten aufgrund ihrer eigenen inneren Dynamik den gesamten Planeten (Diner 1993, 7) „Die neue Ordnung der Welt ist bislang so unübersichtlich wie konturenlos. Der Übergang von als gesichert erachteten Begriffen der Bipolarität in ein neues System von Wahrnehmung und Deutung der Wirklichkeit wird offensichtlich noch lange dauern.“ (Diner 1993, 11). Nicht von ungefähr sprach George Walker Bush bereits 1991 von der Notwendigkeit einer neuen weltweiten Ordnung, hierbei anknüpfend an die Präsidenten Wilson und Roosevelt. (Schwabe 2007).

Andererseits findet sich eine intensivierte Globalisierung in Folge der neuen Informationstechnologien, die eine neuartige Vernetzung unterschiedlichster gesellschaftlicher, ökonomischer, wissenschaftlicher und kultureller Bereiche ermöglichte. Grundlegend für den hier verfochtenen Ansatz ist, dass beide Entwicklungen mehr oder weniger unabhängig voneinander erfolgt sind. Ihr Effekt ist gleichermaßen gewesen, dass sie bestehende Ordnungen in Frage gestellt und aufgehoben haben. Beide an sich separaten, jedoch zusammen wirkenden Entwicklungen führten zu einer intensivierten Suche nach neuen Formen der „Ordnung der Welt“.

Die gegenwärtige Suche und der Konflikt um Weltordnungen ist dadurch gekennzeichnet, dass durch den Niedergang der alten bipolaren Weltordnung sowie die Auflösung zahlreicher regionaler/lokaler Ordnungen sich vielfältige Formen der Weltordnungen in unterschiedlichen

Bereichen (Politik, Gesellschaft, Ökonomie, Kultur, Diskurse/Informationsgesellschaft) überschneiden und nicht miteinander kompatibel sind. Im dialektischen Spannungsfeld zwischen Herrschaft/Hegemonie/Macht und Emanzipation/Selbstbestimmung/Kooperation werden auf der einen Seite zahlreiche Gemeinschaften gebildet, um der Komplexität der Weltordnungen, ihren Überschneidungen und Unvereinbarkeiten durch eine Freund-Feind-Konstruktion eine neue Eindeutigkeit zu vermitteln. Diese „Gemeinschaftsbildungen“ können auf ethnischer, religiöser, tribaler oder auf nationaler Ebene erfolgen, sie können dem Ziel dienen, um den auseinander driftenden Kräften innerhalb eines staatlichen Gebildes zu begegnen, sie können nur aus kämpfenden Verbänden bestehen, zeitlich lang oder kurz existieren, entscheidend ist, dass sie nicht dem Hobbeschen Paradigma von Staat-Individuum zuzuordnen sind, sondern dem einer intensivierten Feindschaft von Gemeinschaften, wie Carl Schmitt das Politische bestimmte.^{iv}

Das Erfassen des „Neuen“ in Krieg und Gewalt in der Weltgesellschaft in Begriffen von Thomas Hobbes (Trotha 1999) ist in dreifacher Hinsicht nicht unproblematisch. Erstens handelt es sich zumeist nicht um den Gegensatz von Ordnung oder Anarchie, der diese Konflikte bestimmt, sondern vielfach handelt es sich um eine Auseinandersetzung unterschiedlicher Ordnungsvorstellungen. Zweitens sind diese Konflikte nicht um den Gegensatz von Staat gegenüber Individuum charakterisiert, sondern um denjenigen unterschiedlicher Gemeinschaften, für die die einzelnen stellvertretend handeln. Und schließlich führen Furcht und Angst vor dem eigenen Tod in ihnen nicht etwa zu einer Ermäßigung und der Begrenzung des Kampfes auf Leben und Tod, wie in der Konzeption von Hobbes, sondern häufig zu deren Eskalation ohne Grenzen (Herberg-Rothe 2007). Selbstmordattentäter töten andere Menschen nicht aus persönlichem Hass, sondern als Angehörige einer anderen, feindlich wahrgenommenen Gemeinschaft. In vielen Fällen müssen diese noch nicht einmal als unmittelbare Feinde wahrgenommen werden, vielmehr geht es um ihnen um die Erhaltung der eigenen Gemeinschaft, ihrer Identität, durch den gewaltsamen Kampf. In allen drei Aspekten kann Carl Schmitt trotz seiner zahlreichen Übereinstimmungen mit Thomas Hobbes als dessen entscheidender Gegenpol angesehen werden. Denn Schmitt hatte schon in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts hervorgehoben, es sei gewiss, dass das Ende der Staatlichkeit gekommen sei. Dies bedeutete für ihn jedoch nicht das Ende des Politischen. Vielmehr bestimmte er das Politische in Zusammenhang mit der Unterscheidung von Freund und Feind von Gemeinschaften und warnte später aufs eindringlichste vor einer Situation, in der der Gegner als absoluter Feind wahrgenommen wird (Schmitt 1963).

Begriffe sind nicht einfach nur Abbilder der Wirklichkeit, sondern fassen komplexe Zusammenhänge zusammen und sind vor allem mit Handlungsoptionen verbunden. Analysieren wir

die gegenwärtigen Entwicklungen als Anzeichen einer bevorstehenden Anarchie oder eines „molekularen Bürgerkrieges“ (Enzensberger), leiten sich hieraus Konzeptionen wie die eines liberalen Imperiums ab. Weitere Konsequenzen sind militärische Praktiken, in diesen Kriegssituationen dürfe man sich nicht nach den gängigen Kriegskonventionen richten, sondern müsse entsprechend der Gesetze des „Dschungels“ handeln, um zu überleben. Teilweise wird der Untergang des modernen Staates (van Creveld) prognostiziert. Anders sieht es jedoch aus, wenn zumindest Teile dieser Konflikte politisch oder ideologisch bestimmt bleiben, obwohl nicht-staatliche Akteure involviert sind. Das entscheidende Problem ist nicht die wertende Beurteilung der Ordnungsvorstellungen als solche, denn jede der Konfliktparteien sieht die eigene „Weltordnung“ als die überlegene an, sondern dass die Konfliktdynamik anderen Regeln gehorcht als in einem Paradigma, in dem sich Ordnungsvorstellungen und Annahmen über eine kommende Anarchie bzw. einen angenommenen Kampf aller gegen alle gegenüberstehen. Da sich in diesen Fällen unterschiedliche Ordnungskonzepte gegenüberstehen, ist es unabdingbar, sich an die eigenen Normen zu halten, damit diese Konflikte politisch lösbar bleiben.

Hobbes Konstruktion ist bestimmt durch die Annahme einer absoluten Freiheit der Individuen im Naturzustand, einem Recht auf Alles, dem jedoch nur begrenzte Chancen gegenüberstehen, dieses auch zu verwirklichen. Durch nichts ist in dieser Konstruktion gesichert, dass es zu Konflikten kommt und die Menschen die effizientesten Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse einsetzen: Einer ist des anderen Wolf, so die Konstruktion, aus der sich der „Kampf aller gegen alle“ im Naturzustand ergibt, weil jeder jeden anderen mit Gewalt zu vernichten oder zu unterdrücken versucht, um sein Recht auf alles zu verwirklichen oder weil er befürchten muss, dass er selbst dieses Schicksal erleidet. Aber aus Gründen der Selbsterhaltung, aus Angst und Furcht vor dem eigenen Tod, treten die Menschen einem Vertrag bei und übertragen einen Teil ihrer Freiheitsrechte an eine Ordnungsinstanz, die jeden vor jedes anderen gewaltsamen Übergriff schützt. Auf diese Weise entsteht der moderne Staat mit dem staatlichen Gewaltmonopol. Doch die bloße Monopolisierung der Gewalt reicht nicht aus, weil auch diktatorische und totalitäre Staaten hierüber verfügen. Hinzu muss ein zweites Moment kommen, rechtsstaatliche Verfassung und demokratische Kontrolle, um auch die Bürger vor dem Staat zu schützen (Nunner-Winkler 2004, 32-33)

Offensichtlich gibt es äußerst wenige Anknüpfungspunkte an diese Konstruktion von Hobbes in den so genannten Neuen Kriegen, selbst der 'Kampf aller gegen alle' findet sich nur in Teilen Schwarzafrikas – in nahezu allen anderen Fällen stehen Gemeinschaften im Konflikt miteinander. Sogar innergesellschaftliche Formen der Gewalt in den westlichen Industrieländern wie Jugendgewalt, rechte Gewalt und Gewaltformen von Autonomen sowie Fußballanhängern usw.

können als Ausdruck der Erhaltung oder Bildung von sowie der „intensivierten Feindschaft“ von Gemeinschaften erklärt werden. Selbst rein individuell erscheinende Gewalt wie Massaker und Amokläufe sind in mancherlei Hinsicht durch den Ausschluss aus einer Gemeinschaft zu beschreiben.

Auf der anderen Seite wurde bereits unmittelbar nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf Seiten der USA die Notwendigkeit einer neuen Weltordnung betont. Die Suche nach einem Ersatz für die ehemals durch den Ost-West-Systemgegensatz erzeugte Ordnungsfunktion ließ sich auf Seiten der USA und ihrer wechselnden westlichen Bündnisse bereits kurz nach Ende des Ost-West-Konflikts beobachten. Nicht von ungefähr sprach George H. Bush nach dem Niedergang der Sowjetunion von der Notwendigkeit der Etablierung einer neuen Weltordnung, wurde der Begriff der „wilden Kriege“ des Westens zum Symbol der Eindämmung der Gewalt an den „frontiers“ (Kaplan 1994). Spätestens mit der Verkündung der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) von 2002 wurde deutlich, dass die USA hiermit ein Programm zur Herstellung einer neuen globalen Ordnung vorgestellt haben.

Neben der Betonung der Nutzung amerikanischer Macht und Vorherrschaft wird in der NSS hervorgehoben, dass die Werte, deren Durchsetzung die USA verfolgen würden, die „nicht verhandelbaren Forderungen der Menschenwürde: Rechtsstaatlichkeit, Beschränkung der absoluten Macht des Staates, Redefreiheit, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung, Achtung der Frau und Achtung vor privatem Eigentum“ seien (NSS 2002: 10, übersetzt in Jäger 2004: 153). Hieraus spricht die Überzeugung, dass in dem Augenblick, in dem Demokratie und Menschenrechte über die Welt verbreitet werden, die Werte und die Interessen der freien Welt ein und dasselbe seien (Sharansky 2004). Gegen dieses Ideal einer demokratischen Weltgesellschaft und die weltweite Beachtung der Menschenrechte spricht überhaupt nichts – die entscheidende Frage ist jedoch, wie diese Entwicklung befördert werden kann: Wird sie weitgehend gewaltsam vorangetrieben und bleibt sie mit partikularen Interessen und Machtansprüchen der USA verbunden, dann wird eher das Gegenteil befördert und weltweiter Widerstand auf den Plan gerufen. Die von nunmehr drei US-Administrationen seit dem Ende des Kalten Krieges verfolgte Politik einer „aggressiven Durchsetzung der Offenheit“ für Handel, Kapital und Ideen hat bereits jetzt erheblichen Widerstand hervorgebracht (Bacevich 2002).

Ordnungsvorstellungen sind jedoch in hohem Maße interpretationsbedürftig, und sie bedürfen vor allem der Legitimation. In Zeiten des Übergangs sowie in Transformationsprozessen hat die Legitimität von politischer Herrschaft wie von gesellschaftlichen Ordnungssystemen oftmals eine

größere Bedeutung als die Bewertung, inwieweit sie einem bestmöglichen, idealen System entsprechen oder nicht. Zwar sind Demokratisierungsprozesse auch ein Ausdruck von Widerstand gegen Ordnungen, die als ungerecht empfunden werden. Aber aus ihnen folgen nicht unmittelbar liberal-demokratische Staaten, wie sich insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg zeigte. Denn seine unmittelbare Folge waren zunächst weitreichende Demokratisierungsprozesse, die jedoch letztlich in einigen Fällen in Bürgerkriege und sogar in die Entwicklung der beiden Großtotalitarismen mündeten.

Entgegen der expliziten Intention werden die in der NSS hervorgehobenen Werte nicht nur in weiten Teilen der islamischen Welt, sondern etwa auch in Russland (Tsygankov 2004) als implizite Legitimation amerikanischer Vorherrschaft begriffen, während in den USA oftmals nicht verstanden wird, warum die eigene Politik nicht im Rahmen dieser Intentionen gesehen wird (Jäger 2004). Aus diesem Nicht-Verstehen folgt möglicherweise sogar ein Primat der militärischen Erzwingung des Wandels (Bacevich 2004). Eine mögliche Erklärung für dieses beiderseitige Missverständnis kann darin liegen, dass auf Seiten der USA diese Konzeption im Rahmen der Entgegensetzung von *Ordnung oder Anarchie* verstanden wird (so dass sich die Frage nach dem Verhältnis zu anderen Ordnungsvorstellungen und Legitimationsmustern gar nicht zu stellen scheint), in Teilen der Welt jedoch als Angriff auf das jeweils eigene Ordnungssystem bzw. die jeweilige Legitimität der eigenen Ordnung wahrgenommen wird. Zum Teil wird das Spannungsverhältnis zwischen der eigenen Machtausübung und der Verkündung von Freiheit und Menschenrechten sogar als Widerstreit unvereinbarer Gegensätze beschrieben (Daalder u.a. 2002).

Macht und Ordnung im Feld des Politischen und im ökonomischen Diskurs

Auch heute sind zahlreiche Gegensätze in der Beurteilung von gewaltsamen Entwicklungen und den Perspektiven der Weltgesellschaft bestimmt durch ein unterschiedliches Vorverständnis des Politischen. Besonders deutlich wird dies in der gegensätzlichen Beurteilung eines Weltstaates durch Otfried Höffe und Wolfgang Sofsky: Die Intentionen Kants erneuernd, begründet Otfried Höffe die Notwendigkeit einer künftigen Weltrepublik. Seine Sorge gilt der Gefahr, dass die gegenwärtige Globalisierung mit einem Abbau von Demokratie in zahlreichen Staaten bezahlt werde. Die Globalisierung befördere aber die Entstehung von Problemen, die den jeweiligen nationalen Rahmen sprengen. Die notwendige Folgerung ist für ihn eine globale Demokratie als Weltrepublik mit eigenen öffentlichen Gewalten und

Souveränitätsrechten. Im Unterschied zu Elias sieht er diesen republikanischen wie föderalen Weltstaat aus den existierenden internationalen Organisationen und Vertragsverhältnissen hervordachsen. Eine solche Perspektive scheint angesichts der aktuellen Prozesse des Staatszerfalls nur auf den ersten Blick völlig realitätsfern zu sein. Vielmehr begründet Höffe ihre Notwendigkeit gerade aus dem Zerfall des Staates, um einen blutigen Weltbürgerkrieg zu verhindern (Höffe 2002, ähnlich Czempiel 2002).

Dagegen betont Wolfgang Sofsky, dass ein Weltstaat sich auf eine gewaltige „Agentur der Repression“ stützen müsste. Ohne einen gigantischen Militär- und Polizeiapparat sei ein globaler Waffenstillstand nicht zu haben. Ein solcher Weltstaat könne zwar den einen oder anderen Kleinkrieg durch massive Intervention eingrenzen oder „lokale Räuberbanden“ zur Rechenschaft ziehen. Im Vergleich zu diesen Vorteilen sieht Sofsky jedoch als entscheidendes Problem eines solchen Weltstaates dessen nahezu totalitäre Macht an. Der Weltstaat, dieses „grandiose Projekt allumfassender Gleichartigkeit“, werde auf der Welt keinen „freien Winkel“ mehr dulden. Wie jedes Imperium werde er auf zahllose Opfer gegründet sein und es seien Heerscharen von Exekutoren nötig, um das Regime zu sichern. Zudem sei jede Grenze aufgehoben, über die Menschen in ein sicheres Exil fliehen könnten. „Wer dem Weltstaat entkommen möchte, dem bliebe als Fluchtort nur noch der Mond“ (Sofsky 2002, 73; nebenbei ein problematisches Bild, denn Arendt hatte vor längerem formuliert, wer dem Antisemitismus entkommen wolle, dem bliebe als Fluchtort nur der Mond – Sofsky Verwendung dieses Bildes legt eine Wertung nahe, die den Antisemitismus mit der Perspektive der Schaffung eines Weltstaates tendenziell auf eine Stufe stellt).

Der Einschätzung des Weltstaates durch Höffe und Sofsky liegt eine unterschiedliche Bestimmung des Politikbegriffs zugrunde. Während Höffe Politik im wesentlichen durch die Herstellung von Übereinstimmung zwischen den Menschen und Partizipation der Bevölkerung an der politischen Herrschaft bestimmt sieht, begreift Sofsky Politik als reinen Machtkampf. Im Politischen gehe es keineswegs um Kompromiss oder Konsens. Vielmehr sei Fundament der Politik ihre „Verfolgungs- und Verletzungsmacht“, welche jeder Untertan im Ernstfall am eigenen Leib zu spüren bekomme (Sofsky, 2002, 73).

Auch in den Versuchen zur Rekonstruktion des Politischen angesichts der Globalisierung spielt der Gegensatz von Machtausübung und Herstellung von „Zusammenhandeln“ eine entscheidende Rolle. Wenn man unter „Governance“ ein System von Regelungen als Synonym für eine gewollte und gemachte Ordnung versteht, dann wird mit dem Regieren in entgrenzten Räumen nur ein

Aspekt der transnationalen Entwicklung betrachtet. Im Zentrum des Interesses steht die gelungene „Regelung“. Vernachlässigt werden hierbei herrschaftssoziologische Aspekte, Strategien und Interaktionen von Akteuren im internationalen System, die nicht auf gemeinsame Problemlösung und Regelung abzielen, sondern auf Dominanz, Unterwerfung oder Ausbeutung. Mit der Konzentrierung auf das „global governance Thema“ rückten Machtprozesse in den internationalen Beziehungen in den Hintergrund (Mayntz 2000). Demgegenüber ist der Ansatz von Michael Hardt und Antonio Negri dadurch gekennzeichnet, dass in ihm die ökonomischen Entwicklungen nahezu als reine Machtbeziehungen interpretiert werden. (Hardt, Negri 2002) An dieser letzteren Position zeigt sich, welche Konsequenzen die Reduktion von Politik auf einen reinen Machtkampf zeitigen kann. So erscheint Arbeit „schlicht und einfach als die Macht zu handeln“. Und weiter: „Alles was die Macht zu handeln blockiert, ist nichts als ein Hindernis, das man zu überwinden hat – ein Hindernis, das durch die kritischen Kräfte der Arbeit und die leidenschaftliche Alltagsweisheit der Affekte umgangen, geschwächt und zerschmettert wird.“ (Hardt, Negri 366-367)

The role of the East-West conflict in providing order, and the “new wars”

In an attempt to capture the unexpected forms taken by excessive violence since the epochal years 1989-91, Robert Kaplan has argued, that these developments are indicating a coming anarchy, which has to be prevented (Kaplan 1994). This statement is based on the assumption that the level at which wars are being fought has shifted from the level of the state to a “lower” level. It is argued that in most of these conflicts, non-state actors are involved on at least one side. This is seen to lead to the conclusion that the motivation and goals of these non-state actors no longer follow political or ideological imperatives but have other sources which may be ethnic, economic, or the fact that violence has become an autonomous force. This view leads directly to recent concepts such as the idea of a liberal American empire, because this is seen to be the only principle that can guarantee a minimum of order as a defence against the approaching anarchy (Gaddis 2004, Münkler 2005).

Things would look different, however, if this diffusion onto the level of conflict “below” that of the state were no more than a transitional phase, or if this development (which cannot be disputed in general terms, because there is a lot of evidence for it), were restricted to certain parts of the world – such as sub-Saharan Africa and the traditional lines of conflict on the fringes of the former empires. It is also possible that some aspects of future conflicts will be politically or ideologically determined even though the parties involved are non-state actors. The paradigm of these wars would not be determined by the order/anarchy antithesis, but by the antithesis between different conceptions of order in the minds both of the actors themselves and of

“interested third parties”, public opinion, to which the various conflict parties refer and appeal. The decisive problem here is not the value we attach to the conceptions of order as such, but the fact that the conflict dynamic obeys rules which differ from those operating in a paradigm where conceptions of order and anarchy confront each other directly. Ideas of a “liberal empire”, which may still be relevant to an antithesis between order and anarchy, would be especially likely to aggravate conflicts over the politics of order.

During the Cold War and the arms race between the superpowers, the world stood on the brink of a nuclear catastrophe on several occasions, but violence and conflicts seemed to fit into clear categories of interpretation: East versus West, or imperialist aggression and the economic interests of the military-industrial complex (as one side saw it) versus totalitarianism in the form of the evil empire (as the other side saw it). These interpretations conflicted with one another, but because they seemed to offer a rational explanation they were able to limit and contain violence in people’s minds as well. The most notable attempt to circumscribe and limit the potentially unlimited violence of multiple overkill capacities by means of intellectual effort can perhaps be found in Raymond Aron’s famous book *Penser la guerre* (1980). As Aron saw it, one could think about war between the superpowers but it was unthinkable that war could actually be waged. Although the world lived on the brink of the nuclear abyss during the East-West conflict, the conflict was very effective as a way of providing global political order, both in terms of *Realpolitik* and in relation to the real or apparent possibility of explaining violence and wars. The new forms of violence that have made such an impact since the end of the East-West conflict, and which have also to some extent been consciously presented as new by the mass media, seem to have removed war and violence from a sphere in which they could be easily comprehended before any new ordering framework had been found. If anything, violence “itself” now seems to be shaping order and providing the basis for community-formation (Sofsky 1996).

The way in which the Cold War functioned as an order affected not only the direct confrontation between the superpowers and their alliance systems, but also the conflicts that were labelled surrogate wars. This has become especially clear in the debate about how new the “new wars” really are. Those who have argued *against* the view that there has been a fundamental change in the form of war do so on the basis of a longer time period, and include conflicts such as the Chinese civil war of the late 1940s, the Russian civil war which continued into the 1920s, and the first genocide of the 20th century perpetrated against the Armenians, in order to demonstrate that there is nothing genuinely new about “new wars” (Chojnacki 2004, Kahl/Teusch 2004). Those who

favour the concept, on the other hand, see a break in 1989-91. They compare the civil wars *immediately before* this break with those that came *immediately after* it, and see this as confirmation that a fundamental change has indeed taken place (see the case studies of Heupel/Zangl 2004). After the worldwide East-West-conflict came to an end, numerous conflict parties in civil wars found that they were no longer receiving support from the superpowers in the shape of weapons and economic assistance, and to an increasing degree they had to rely on their own efforts to get hold of the necessary resources. This led in many cases to typical civil war economies (Jean/Rufin 1999), involving illegal trafficking in diamonds, drugs, and women, brutal exploitation of the population, extreme violence as a way of drawing in assistance, which could then be plundered, and the violent acquisition of particularly valuable resources (robber capitalism).¹ To this extent it was only to be expected that, after the dissolution of the Cold War order, a considerable number of “private” actors and armed groups would initially appear in weak states and in those traditional centres of conflict, the fringes of the former empires (the British, the Ottoman and the Habsburg Empire).

A number of authors (among them Kaldor 2000 and Münkler 2002 a) have put forward the concept of “new wars” and argue that the new wars are characterized by the decline of statehood and the rise of privatized violence, the development of civil war economies, and the reappearance of types of combatant that had been thought to be things of the past (mercenaries, child soldiers, and warlords), together with armed conflicts over identity, mineral resources, and fundamental existential resources such as water. The external indicators of these wars are, it is argued, a greater incidence of apparently irrational and excessive violence (suicide bombings and large-scale terrorist attacks such as those of 11 September 2001), massacres carried out by right-wing or left-wing forces or by Islamist or other religious movements, and the sudden transformation of neighbourly relations into a “war of all against all” in conflicts shaped by ethnic differences.

In addition to the idea of new wars, political and academic discourses have also taken up terms such as privatized war (Eppler 2002), asymmetrical warfare (Münkler 2002b), small wars (Daase 1999), wild wars (Sofsky 2002), low-intensity conflict (Creveld 1998), postnational wars (Zangl and Zürn 2003), wars in the process of globalization and the development of capitalism (Jung et al. 2002), shop window wars (Kaldor again), and wars in the framework of “global fragmentation” (Chojnacki 2004: 419, Senghaas 2003). However, each of these terms only describes one segment of reality in an extremely dynamic and, most importantly, uncertain overall development (Bredow 1994). The very diversity of the concepts proposed points to this uncertainty

¹ In addition, the East-West conflict was in some instances only used discursively, as a more effective way of pursuing „interests“ in traditional non-state conflicts and in patterns of violence between ethnic groups and tribes. On the distinctions between state, non-state, and civil wars, see Herberg-Rothe 2003.

and to the changed perception of warfare on which they rest. To some extent, however, a new type of war is being discovered with each new war.

The search for a new world order

Looking back at developments in warfare since 1989-91, we can already distinguish two separate phases. The 1990s were, as far as public awareness of these issues was concerned, characterized to a great extent by such new wars, as low intensity conflicts, excessive violence in the “markets in violence” that came into existence in Africa, civil wars in the former Yugoslavia, privatized violence, and wars associated with state disintegration. However, since the rise of the Taliban and their victory in 1996 (at the latest), another form of warfare has emerged: the world order war, which is characterized by a fundamental reideologization and repoliticization of warfare. Erhard Eppler has argued that Osama bin Laden is an amateur theologian (Eppler 2002). Eppler evidently wants to classify the new terrorist violence of Islamic groups as a form of privatized violence; but nearly all ideologists seem to be of some sort of “amateur theologians.” What Eppler fails to realize is that Islamic terrorists see themselves as one pole of a new binary world order; not “the West against the rest”, but what they themselves consider true Islam against the rest, and especially against the West.

This tendency, which represents an active search for a principle of world order that will function in a similar way as the systemic conflict did during the Cold War, could be observed in the actions of the USA and its changing western alliance partners almost immediately after the end of the Cold War. It was no accident that the first President Bush spoke after the collapse of the Soviet Union of the need to establish a new world order. During the same period, it was suggested that the West was involved in “wild wars” as it sought to halt violence at the “frontiers” (Kaplan 1994). By 2002 at the latest, though, with the official announcement of the National Security Strategy, it became clear that the USA had drawn up a programme for the creation of a new global order.

Freedom, Order, and Violence

A lot of problems concerning the relation of order and violence arises as a result of the liberal reduction of the concept of freedom to the idea of liberation from domination and of the question,

whether freedom is anything more than “independence from another’s arbitrary rule” (Kant, quoted in Bartuschat 1999: 16). This problem, which appears initially to be a purely abstract one, reveals its full implications in the “inversion” of freedom, that is to say the way in which freedom can be transformed suddenly into the “terror of freedom”, as was first seen during the French Revolution.² Jean-François Lyotard, who developed the concept of post modernity, said something similar when he pointed out that the enthusiastic liberation struggles of the colonized peoples led eventually to “new reactionary states” (Lyotard 1987, Herberg-Rothe 2005a).

Hannah Arendt gave the clearest characterization of the difference between these two conceptions of freedom when she distinguished between *liberation* from domination and *freedom* in its true sense. The revolutions of the early modern period were always about both these things, and Arendt argues that this had to be so because liberation is the precondition of freedom. The fact that it is difficult to distinguish the two conceptions from one another does not, however, mean they should be treated as equivalent (Arendt 1963: 39). Arendt explains her distinction with reference to Robespierre’s “despotism of freedom” during the French Revolution, which she sees as demonstrating the ever-present possibility that liberation might, in the name of freedom, be turned into a new despotism. If freedom is reduced to liberation from domination, it becomes a new form of domination from time to time. The eventual transformation of human rights and freedom into the rights and freedom only of the *sans-culottes* was, she argues, the turning point of the French Revolution and of all subsequent revolutions (Arendt 1963: 75-76). By way of analogy, the transformation of human freedom into the *freedom of the USA* would do nothing to promote these values; on the contrary, it would make it almost impossible to put them into practice.

Unlike a state with a democratic constitution, which rests on both fundamental rights and the state monopoly on the use of force, the idea of a liberal empire is almost a contradiction in terms. It is true that ideally, such an empire can guarantee individual human rights, economic freedom, and legal security, but it is simultaneously associated with a claim to power that cannot be abandoned. The limits placed on this claim are not set by the possibility of participation in political rule and the shaping of order, as in the case of a democratic state, but frequently by their very opposite – violent resistance. One historical example of this problematique is the violent export of the *code civil* by Napoleon Bonaparte.

In connection with this new political strategy, we must ask in what ways power and freedom and order resp. can actually be combined with one another. Robert Kagan argues that the antithesis between thinking in terms of power and of order is congruent with the differences between current American and European thought, but he admits that this has not always been the case. As Kagan himself explains, for a long time these roles were reversed: up to the time of Woodrow Wilson in

² On the general „inversion“ problematique in the case of Marxism, see Herberg-Rothe 2002.

the early 20th century, Americans were attached to thinking in terms of order and global idealism, while Europeans remained in thrall to thinking in terms of pure power right up to the Second World War. If we take Kagan's analysis seriously, though, we must ask why he never poses the question of where the Europeans' pure power thinking eventually led them. The answer, of course, is that the reduction of politics to power politics resulted finally into the disasters of the first and second world wars (Kagan 2003).

Can order and freedom only be brought about if violence and opposing forces are suppressed by a higher order of force? If we were to follow the "logic" of this argument, as put forward by Karl Otto Hondrich (2003) and Thomas Schmid (2003), we would expect to see dictatorships all over the world that are veritable strongholds of freedom and order. Hondrich even argues that it is only the security we enjoy in our own form of life that makes it possible for us to forget that this life had to be forcibly imposed, and is itself an order based on force. Hondrich reminds us, rightly, that all modern states are based on a state monopoly of force, and that nearly all of them came into being as a result of forcible fighting for a new order. One only has to think of the English, American, and French revolutions, the wars of German unification, anti-colonial wars, and the formation of new nation-states after the first and second world wars. But this does not mean that the state as such is an order based only on force and power resp.. Hegel argues that force and power are the forms in which the state originally makes its appearance, but he emphasized that these are not its substantive principles. Hondrich, following Nietzsche and Foucault, overlooks this, because it's true that order and freedom need to be defended against violence and opposing forces resp., but the normative contrast with power politics does not disappear when the idea of a "violent order" is introduced (which nevertheless might be reality in warlord-systems). In normative terms, violence and order remain antitheses in any case.

The similar kind of striving to establish a new order can be seen in the various Islamist groups whose use of violence amounts to an attempt to reorder the world. Regardless how the values of these orders are conceived and need to be judged, they belong to the concepts of world order, not to privatised interests.³ Alternative conceptions of world order can take shape in different ways. Sometimes they are reactions to the dissolution of traditional ideas and value systems in the course of globalization, and sometimes they are re-developed after long periods of civil war. In other cases they can come into being as reactions to an absence of order, as for example after the disintegration of the Soviet Union, or as resistance to an order perceived as unjust, pernicious, or imposed. "World order wars" can mean two different things: the ordering of the world as a whole, or the ordering of an actor's understanding of the world. For example, the mass rapes of the post-

³ In the shape of, for example, the „spiritual guidance“ of the perpetrators of the September 11 attacks; see Kippenberg and Seidensticher 2004.

Yugoslavian wars were both a way of waging war, in order to demoralize the enemy, and - for the individual groups and soldiers – a reaction on the part of patriarchal societies to modernization processes, by means of which these actors sought to re-establish their “masculinity” as a principle for ordering the community (Seifert 2004).

The Reideologization and Repoliticization of War

One can point to developments in Afghanistan as an example of reideologization and repoliticization as a struggle for a “new” order. After the victory over the Soviet army, a civil war between warlords and tribes began at the end of the 1980s. The conflict was reideologized, and the Taliban seized power. We can see here that civil wars do not always become increasingly privatized until the smallest possible communities wield Kalashnikovs, communities, which are only held together by the violence itself, and in which fighting is becoming independent from any purpose.⁴ There have also been a number of cases in which civil wars have been ended by reideologization and repoliticization. Afghanistan is a good example because one can use it to illustrate the new quality of privatization of war and violence (Heupel/ Zangl 2004, in their case studies), and at the same time it reveals very clearly the reideologization and repoliticization of the conflict with the rise and eventual victory of the Taliban. Claiming that the privatization of the war in Afghanistan proves the new quality of the “new wars” in general therefore leads to the paradox if the claim has to be restricted to the period up until the Taliban victory in 1996. This case therefore cannot be used to demonstrate a general shift towards the privatization of war (Heupel/Zangl 2004). In fact, what it shows is that this development, though genuine, lasted for only a limited period (at least in this case). A new phase, the phase of world order wars, began in 1996.

One can supplement the pulverization I am proposing by adding a geographical-hierarchical classification of the two phases. The privatization of violence can be observed in many parts of sub-Saharan Africa and in traditional conflict regions such as the Balkans and the Caucasus. The development of world order conflicts can be seen in the conflict between the West and militant Islam, and in the future it can be anticipated in relations with China and, perhaps, with Russia. It follows that events are moving away from the level of interstate war and conflicts in two directions simultaneously: downwards towards privatized war, and upwards towards supra-state war, world

⁴ This image symbolizes the „new wars“ discourse better than any other, and also symbolizes Hobbes’s war of all against all.

order wars. This distinction is more fundamental than the attempt to distinguish between privatized and “new” wars resp. and those fragmented wars arising in the course of globalization, and to use this as a way of challenging the legitimacy of the first set of concepts (Chojnacki 2004). Waging war to promote values (Joas 2000) and as a way of ordering the world (whether this order is conceived of as universal or particular) is something quite different from privatized and fragmented wars. In practice, of course, these two levels are interlinked with one another and also with inter-state wars, but the analytic distinction is a significant one. States do still wage wars; however, for the most part they are now doing this not in pursuit of their particular interests but for reasons related to world order, as can be seen in the use of concepts like US empire (Walzer 2000) and American hegemony (Leggewie 2003).

Processes like the technological, economic and communicational saturation of the world intensify this dual movement dramatically, because they often link spaces of action directly with one another. During the civil war in Somalia, for example, bands of fighters could be seen using computers to buy and sell their Wall Street shares. The decisive factor, though, is the contradictory dual movement, towards the privatization of violence and simultaneously towards existing and also future world order wars and conflicts that can be either global or regional. Although it may not at first glance appear to do so, globalization does in fact re-politicize world order (Echevarria 2003).

The concept of “world order war”

Since the end of the East-West conflict terms like risk society, reflexive modernization, and globalization have been used in both academic and more general debates as part of an intensifying debate about how the accelerating transformation of social and national identities are affecting societies. Social, political, and economic developments devalue knowledge that has been handed down and traditional models of interpretation, and give rise to a need for new orientations. Cultural conceptions of order, in their special historical and contemporary contexts, were re-actualised for providing orientation for people in a dramatically changing world. As processes of change and transformations of their life-worlds affect people, they reconstruct these conceptions of order and organize them in a new way, in order to be able to comprehend and explain the world.⁵ Max Weber emphasized the way in which social action, and especially social relationships on the part of those

⁵ See, for example, the contributions to the volume edited by Götsch and Köhle-Hezinger (2003).

involved, can be oriented towards some idea of the existence of a social order.

An order that is maintained for goal-oriented reasons is, in Weber's view, much less stable than one, which is respected "as a matter of custom arising from a settled behavioural orientation". This kind of order, however, is in its turn much less stable than "one which enjoys the prestige that follows from being seen as exemplary or binding; let us call this 'legitimacy'" (Weber 1984: 55; translation by the author). Where order is concerned, Weber distinguishes between convention and law. Conventions are externally guaranteed by "the prospect that anyone who departs from the norms observed by a certain circle of people will experience fairly general and practically perceptible disapproval". Law, on the other hand, is an order, which is externally guaranteed by the strong probability of physical or mental compulsion in the form of action taken by a certain group of people whose task it is to do this (Weber 1984: 58-59).

Although conventions and international law are disputed and are only partially developed at the global level (International Law, UN conventions, the jurisdiction of the Hague), however, in combination with the conceptions of order of great and regional powers and with non-governmental institutions (journalists and the press, aid organizations, NGOs, religious and intercultural bodies, and so on), they do constitute a basic framework within which most conceptions of legitimacy are situated. After the collapse of the global system of order known as the Cold War, most conflicts initially revolved around the contrast between order and disorder (as symbolized by concepts such as privatized violence, low intensity conflict, failed states). By the time of the Taliban victory in Afghanistan, though, different conceptions of order were at stake. It is very nearly possible to synchronize Weber's classification of the different levels of stability of different orders, resting on interests, custom or legitimacy, with the previous developments in warfare, starting with the collapse of the Soviet Union. Immediately after the disintegration of the Soviet Union, wars related to private enrichment and the pursuit of interests were most visible. These were then gradually replaced by conflicts involving ethnic groups, the formation of small states, and national minorities. These then were replaced by conceptions of "world order" such as Islamism, which doesn't pay contribute to individual interests or ethnic rivalries.⁶ Huntington's emphasis on cultural and civilizational conflicts between different conceptions of order captured one important aspect of ongoing developments, but he treated these conflicts too mechanically as taking place between civilizations, when in fact they are just as prevalent within civilizations, if not more so.⁷

Although the concepts of world order and world order war are very widely used, they are only rarely given any satisfactory analytic content. The term world order, in particular, is repeatedly

⁶ Needless to say, this kind of ideal-typical sequence does not manifest itself in precisely this way in every case. In Afghanistan the process was fairly rapid, but in a number of conflicts in sub-Saharan Africa it may last for decades.

⁷ See Senghaas 1998. Even the Bush administration is attempting to treat the conflict about different conceptions of order as something that is taking place within, rather than between, civilizations (Jäger 2004).

used as if its meaning were self-evident (Kurz 2002, Sauermann 2002). Implicitly, though, it is usually taken to refer to a certain one-sided kind of world order associated with national interests of the USA, with “capitalism”, the American hegemony and empire resp. (Hardt/ Negri 2003). When it is given this kind of associations, the concept of world order becomes fairly worthless – both for those who use it in a critical manner and for those who use it just as synonym for their national interests. In fact, world order is an extremely valuable term because its descriptive and normative meanings make it suitable as a way of challenging hegemonic powers to live up to the requirements of a “just order”. This tension can be described as a semantic-pragmatic difference, in which the explicit meaning of a category does not express everything the meaning presupposes. In order to explicate a meaning, a whole apparatus of logical categories and principles must be presupposed. This tension between explicit content and implicit assumptions means that new categories must repeatedly be introduced, and these categories serve in turn to further explicate the “pragmatic surplus meaning” (Wandschneider 1997: 116). This basic drive, the force that impels Hegel’s dialectic, is of particular importance in relation to the concept of order.

This semantic surplus can be found in the 1789 Declaration of Human Rights, for example. After all the criticism of grand narratives, one might have expected that someone like Lyotard would deconstruct this as well. Instead he does the opposite, and tries to use the Declaration in order to determine something that is general, but without being totalizing or deductive. He speaks of the Declaration as a statement of rights, in the sense of a normative legitimation, which, however, provides no instructions on how it should directly be put into practice. Rather, it sets limits, serving as a legitimation of mainly negative formulated rules, which the authority drawing up the rules is also required to respect by itself. For Lyotard, the Declaration of Human Rights is a declaration of self-limitation of both power and human freedom. It is true that Lyotard problematizes the concrete determination of the authority that manifests itself in the name of human beings or of the French nation. Despite this limitation, however, Lyotard’s reading of the Declaration of Human Rights as mediation between the general principles of a lawsuit and the specific features of a particular dispute is valid. What is involved is the determination of a general principle that does not allow any further deductions, but which sets limits to violence, war, and endless conflict (Lyotard 1987). It’s worthy of mention, that Hannah Arendt takes the same position when she treats the determination of the normative, the moral, as the setting of limits within which political action is bounded (Herberg-Rothe 2005b).

Overall, we can observe that current developments are characterized by fundamental contrasts: between globalization and struggles over identities, locational advantages, and interests; between high-tech wars and combat with knives and machetes; between symmetrical and

asymmetrical warfare; between the privatization of war and violence and their re-politicization and re-ideologization as well as world order wars; between the formation of new regional power centres and the imperial-hegemonic dominance of the only super-power, between international organized crime and the institutionalization of regional and global communities. But the main distinction is, whether we fight disorder and privatised violence resp. or whether different kinds of order are in a conflicting competition, regardless how justified and universal our own view of order might be.⁸

Literatur

- *Arendt, Hannah* (1963): *Über die Revolution*, 4. Auflage, (Piper) München.
- *Arendt, Hannah* (1991), *On Revolution*. (Penguin Twentieth-Century Classics). London.
- *Arendt, Hannah* (1993): *Was ist Politik?* (Piper) München.
- *Aron, Raymond* (1980): *Den Krieg denken*, (Propyläen) Berlin, Frankfurt a.M.
- *Aron, Raymond* (1986), *Clausewitz. Philosopher of war*. (Simon&Schuster). New York.
- *Beck, Ulrich* (1999): *Über den postnationalen Krieg*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8: 984-990
- *Bacevich, Andrew J.* (2002): *American Empire. The Reality and Consequences of U.S. Diplomacy* (Harvard University Press), Cambridge.
- *Bartuschat, Wolfgang* (1999): *Zur kantischen Begründung der Trias „Freiheit, Gleichheit, Selbständigkeit“ innerhalb der Rechtslehre*, in: *Landwehr, Götz* (Hg.): *Freiheit, Gleichheit, Selbständigkeit. Zur Aktualität der Rechtsphilosophie Kants für die Gerechtigkeit in der modernen Gesellschaft*, (Vandenhoeck&Ruprecht) Göttingen, 11-25.
- *Benhabib, Sheila* (1998): *Hannah Arendt – die melancholische Denkerin der Moderne*. (Rotbuch) Berlin.
- *Benjamin, Walter*, *Kapitalismus als Religion*. 1921. (1985). In: *Baecker, Dirk* (ed.): *Kapitalismus als Religion*. (Kadmos) Berlin: 100-103.
- *Bonacker, Thorsten* (1997): *Die Idee der (Un)Entscheidbarkeit – Zum Paradigmenwechsel in der Konflikttheorie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. In: *Vogt, Wolfgang R.* (ed.): *Gewalt und Konfliktbearbeitung*. (Nomos) Baden-Baden: 94-107
- *Brzezinski, Zbigniew* (2005), *The Choice: Global Domination or Global Leadership* (Basic Books) New York.
- *Chojnacki, Sven* (2004): *Wandel der Kriegsformen? – Ein kritischer Literaturbericht*, in: *Leviathan*, 32: 3, 402-424.
- *Czempiel, Ernst Otto* (2002): *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*. München
- *Daalder, Ivo H./Lindsay James M./Steinberg, James, B.* (2002): *The Conflicting Goals of America's New Security Strategy*, in: *European Affairs*, 3: 4, http://www.europeanaffairs.org/current_issue/2002_fall/2002_fall_27.php4; 24.07.2005.

⁸ . Such world order conflicts are also the main reason why there is currently a Clausewitz renaissance in the English-speaking world, because it is no longer possible to capture a world of privatized conflicts and violence that has become autonomous by using Clausewitzian categories (on Clausewitz, see Herberg-Rothe 2001 a, b, 2006 a,b). The differentiation between soft and hard power by Joseph S. Nye doesn't matches this problem, because soft power might be even the greater problem in conflicts between different communities (Nye 2003).

- Daase, Christopher (1999): Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert (Nomos), Baden-Baden.
- Echevarria, Antulio II (2003): Globalization and the Clausewitzian Nature of War, in: The European Legacy, 8: 3, 317-332.
- Eppler, Erhard (2002): Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt. (Suhrkamp) Frankfurt a.M.
- Gaddis, John Lewis (2004): Surprise, Security, and the American Experience. (Harvard University Press) Cambridge.
- Gill, Bates (2005): Contrasting Visions: US, China and World Order. (Brookings Institutions Press) Washington.
- Götsch, Silke/Köhle-Hezinger, Christel (Hg.) (2003): Komplexe Welt. Kulturelle Ordnungssysteme als Orientierung. (Waxmann) Münster u.a.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2003): Empire. Die neue Weltordnung. (Campus) Frankfurt a.M.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2001): Empire (Harvard University Press). Cambridge.
- Herberg-Rothe, Andreas (2001a): Das Rätsel Clausewitz. Politische Theorie des Krieges im Widerstreit (Wilhelm Fink), München.
- Herberg-Rothe, Andreas (2001b): Primacy of "Politics" or "Culture" Over War in a Modern World: Clausewitz Needs a Sophisticated Interpretation. In: Defense Analysis, Lancaster, Volume 17, No. 2, 2001, pp. 175–186
- Herberg-Rothe, Andreas (2002): Die Umkehrungen Hegels im Marxismus. Methodologie und politische Theorie, in: Jahrbuch für politisches Denken, Stuttgart, 128–151.
- Herberg-Rothe, Andreas (2003): Der Krieg. Geschichte und Gegenwart (Campus), Frankfurt a.M./New York.
- Herberg-Rothe, Andreas (2005a): Begrenzung von Krieg und Gewalt. Historische und systematische Überlegungen, in: Sahm, Astrid/Jahn, Egbert/Fischer, Sabine (Hg.): Die Zukunft des Friedens weiterdenken (VS Verlag für Sozialwissenschaften) Wiesbaden: 429-450.
- Herberg-Rothe, Andreas (2005b): Lyotard und Hegel. Dialektik von Philosophie und Politik (Passagen), Vienna.
- Herberg-Rothe, Andreas (2007 a) Clausewitz's puzzle. (Oxford University Press) Oxford.
- Herberg-Rothe, Andreas/Hew Strachan (ed.) (2007 b): Clausewitz in the 21st. Century. Oxford University Press (Forthcoming). Oxford
- Heupel, Monika/Zangl, Bernhard (2004): Von „alten“ und „neuen“ Kriegen – Zum Gestaltwandel kriegerischer Gewalt, in: Politische Vierteljahresschrift, 45: 3, 346-367.
- Höfle, Vittorio (1997): Moral und Politik. Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert. (C.H. Beck) München.
- Höffe, Otfried
- Hondrich, Karl Otto (2003), Auf dem Weg zu einer Weltgewaltordnung. Der Irak-Krieg als Exempel: Ohne eine Hegemonialmacht kann es keinen Weltfrieden geben. Neue Zürcher Zeitung, 22.3.2003.
- Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. (C.H.Beck) München.
- Huntington, Samuel P. (1996), The clash of civilizations and the remaking of world order. (Simon&Schuster). New York.
- Jäger, Thomas (2004): Das Ende der Phantomdebatte. Die amerikanische Weltordnungspolitik zwingt Deutschland zu einer Grand Strategy, in: Jäger, Thomas/Kümmel, Gerhard/Lerch, Marika

- (Hg.): Sicherheit und Freiheit. Außenpolitische, innenpolitische und ideengeschichtliche Perspektiven. (Nomos) Baden-Baden: 150-170.
- *Jean, Francois/Rufin, Jean-Christophe* (Hg.) (1999): Ökonomie der Bürgerkriege. (Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft) Hamburg.
 - *Joas, Hans* (2000): Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts., (Velbert) Weilerswist.
 - *Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens* (2002): Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt 1945 bis 2000. (VS Verlag für Sozialwissenschaften) Wiesbaden.
 - *Kagan, Robert* (2003): Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. (Siedler) Berlin.
 - *Kagan, Robert* (2004), *Of Paradise and Power*. (Vintage Books). Washington.
 - *Kahl, Martin/Teusch, Ulrich* (2004): Sind die „neuen Kriege“ wirklich neu?, in: *Leviathan*, 32: 3, 382-401.
 - *Kaldor, Mary* (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. (Suhrkamp). Frankfurt a.M.
 - *Kaldor, Mary* (1999), *New and old wars. Organized violence in a Global Era*. (Stanford University Press) Stanford.
 - *Kaplan, Robert* (1994): *The Coming Anarchy*, in: *Atlantic Monthly*, 273, 44-76.
 - *Kippenberg, Hans G./Seidensticker, Tilman* (Hg.) (2004): *Terror im Dienste Gottes. Die „Geistliche Anleitung“ der Attentäter des 11. September 2001*. (Campus) Frankfurt a.M.
 - *Kippenberg, Hans G./Seidensticker, Tilman* (Ed.) (2006), *The 9/11 Handbook: Arabic Text, Annotated Translation and Interpretation of the Attacker's Spiritual Manual* (Equinox publishing) London.
 - *Kurz, Robert* (2002): *Weltordnungskrieg*. (Horlemann) Bad Honnef.
 - *Lahrem, Stephan/ Weißbach, Olaf* (2000): *Grenzen des Politischen. Philosophische Grundlagen für ein neues politisches Denken*. (Metzler) Stuttgart.
 - *Leggewie, Claus* (2003): *Globalisierung versus Hegemonie. Zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1, 87-111.
 - *Liotard, Jean-Francois* (1987): *Der Widerstreit* (Wilhelm Fink), München.
 - *Malowetz, Karsten* (2002): *Moral, Kritik und Selbstbestimmung. Zum Problem des ethischen Relativismus – Eine philosophische Skizze zur politischen Ethik*. In: *Jahrbuch für politisches Denken 2002*. Stuttgart: 41-60
 - *Müller, Harald* (2001): *Stachel im Fleisch der Selbstgerechten*. In: *Frankfurter Rundschau*. 24.01.2001.
 - *Münkler, Herfried* (2002a): *Die neuen Kriege*. (Rowohlt) Reinbek.
 - *Münkler, Herfried* (2002 a): *The new wars*. (Polity Press). London.
 - *Münkler, Herfried* (2002b): *Asymmetrische Gewalt. Terrorismus als politisch-militärische Strategie*, in: *Merkur*, 56: 1, 1-12.
 - *Münkler, Herfried* (2005): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. (Rowohlt) Berlin.
 - *Nye, Joseph* (2003), *The Paradox of American Power. Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone*. Oxford University Press. Oxford.
 - *Sauermann, Ekkehard* (2002): *Neue Welt Kriegs Ordnung*. (Atlantik) Bremen.
 - *Schmid, Thomas* (2003), *Gewalt kann Frieden stiften. Ein Versuch im demokratischen Imperialismus der Vereinigten Staaten etwas anderes zu sehen als nur einen Rückfall in die*

Barbarei. Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 30.3.2003.

- Schmitt, Carl (1963ff.): Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen. (Duncker&Humblot) Berlin
- *Senghaas, Dieter* (1998): Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich Selbst. (Suhrkamp) Frankfurt a.M.
- *Senghaas, Dieter* (2003): Die Konstitution der Welt – eine Analyse in friedenspolitischer Absicht, in: *Leviathan*, 31: 1, 117-152.
- *Sharansky, Natan* (2004): The Case for Democracy, Long Beach.
- *Sofsky, Wolfgang* (1996): Traktat über die Gewalt. (S. Fischer) Frankfurt a.M.
- *Sofsky, Wolfgang* (2002): Zeiten des Schreckens,. (S. Fischer) Frankfurt a.M.
- *Tsygankov, Andrei P.* (2004): Whose World Order? Russia's Perception of American Ideas After the Cold War. (University of Notre Dame) Notre Dame.
- *Van Creveld, Martin* (1998): Die Zukunft des Krieges. (Gerling Akademie Verlag) München.
- *Van Creveld, Martin van, The transformation of war.* (Free Press) New York.
- *Voegelin, Eric* (2001ff.): Ordnung und Geschichte. (Wilhelm Fink) München.
- *Voegelin, Eric* (2001 ff), Order and history. University of Missouri Press. Columbia
- *Von Bredow, Wilfried* (1994): Turbulente Weltordnung. (Kohlhammer) Stuttgart.
- *Walzer, Michael* (2003): Is there an American Empire? *Dissent Magazine*, 1/2003, <http://www.dissentmagazine.org/menutest/archives/2003/fa03/walzer.htm>; 24.06.2005.
- *Wandschneider, Dieter* (1997): Zur Struktur dialektischer Begriffsentwicklung, in:
- *Wandschneider, Dieter* (Hg.): Das Problem der Dialektik. (Bouvier) Bonn: 114–169.
- *Weber, Max* (1921): Soziologische Grundbegriffe. (Mohr) Tübingen (zitiert nach Ausgabe 1984).
- *Zangl, Bernhard/Zürn, Michael* (2003): Frieden und Krieg (Suhrkamp), Frankfurt a.M.

Weitere Literatur

-
- Bauman, Zygmunt (1995): Moderne und Ambivalenz. Frankfurt
- Bauman, Zygmunt (1992): Dialektik und Ordnung. Die Moderne und der Holocaust. Hamburg
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1997): Recht setzt Grenzen. In: Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hg.): Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin, u. a.: 272-279
- Bonacker, Thorsten (2004): Krieg und die Theorie der Weltgesellschaft. Papier zum Vortrag auf der Konferenz “Neuere Kriegstheorien – eine Zwischenbilanz” in Frankfurt vom 25.-27.03.2004
- Bonacker, Thorsten (1997): Die Idee der (Un)Entscheidbarkeit – Zum Paradigmenwechsel in der Konflikttheorie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: Vogt, Wolfgang R. (Hg.): Gewalt und Konfliktbearbeitung. Baden-Baden: 94-107
- Duyvesteyn, Isabelle (2005), Clausewitz and African War. London.
- Diner, Dan (1993), Weltordnungen. Über Geschichte und Wirkung von Recht und Macht. Frankfurt.
- Diner, Dan (1999), Das Jahrhundert verstehen. Frankfurt.
- Echevarria, Antulio II (2005), Fourth-generation warfare and other myths. Carlisle.
- Geis, Anna (2006). Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse. Baden-Baden.
- Herberg-Rothe, Andreas (2004), Hannah Arendt und Carl Schmitt. „Vermittlung“ von Freund und Feind. In: DER STAAT 1, 2004.

- Kuntz, P.G. (ed.) 1967, The concept of order. Seattle-London.
- Luutz, Wolfgang (2003): Entgrenzungsdiskurse als Machtstrategien. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Menzel, Ulrich (2004), Paradoxien der neuen Weltordnung. Frankfurt.
- Nunner-Winkler, Gertrud, Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, Wilhelm und Soeffner, Georg (2004), Gewalt, S. 21-61).
 - Osterhammel, Jürgen (1997): Kulturelle Grenzen in historischer Perspektive. In: Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hg.): Grenzen-los? Jedes System braucht Grenzen – aber wie durchlässig müssen diese sein? Berlin u. a.: 213-219
- Schlichte, Klaus, Staatsbildung oder Staatszerfall., Zum Formwandel kriegerischer Gewalt in der Weltgesellschaft In: PVS 4, 2006, S. 1-22.
- Schmitt Carl (1963), Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkungen zum Begriff des Politischen. Berlin
- Schneckener, Ulrich (2005), Post-Westfalia trifft Prä-Westfalia. In: Jahn/Fischer/Sahm, Die Zukunft des Friedens, 189- 211.
 - Simmel, Georg (1992): Soziologie. Frankfurt
- Schwabe, Klaus (2007), Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik 1898 bis zur Gegenwart. 2. durchgesehene Auflage. Paderborn .
- Trotha, Trutz von (1999): Formen des Krieges. Zur Typologie kriegerischer Aktionsmacht. In: Neckel, Sighard/ Schwab-Trapp, Michael (Hg.): Ordnungen des Krieges. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges, Opladen: 71-95
- Voigt, Rüdiger (2005), Weltordnungspolitik. Wiesbaden.
- Waldenfels, Bernhard, Ordnung im Zwielficht. Frankfurt 1987.
- Wokart, Norbert (1997): Differenzierungen im Begriff „Grenze“. Zur Vielfalt eines scheinbar einfachen Begriffs. In: Faber, Richard/ Naumann, Barbara (Hg.): Literatur der Grenze – Theorie der Grenze. Würzburg: 275-289
 - Wolleh, Oliver (2001): Zivile Konfliktbearbeitung in ethno-politischen Konflikten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20: 26-36
- Zangl, Bernhard (2005), Von der nationalen zur post-nationalen Konstellation. Die Transformation globaler Sicherheitspolitik. In: Jahn/Fischer/Sahm, Die Zukunft des Friedens, 159-188.

1. ⁱ Diese Bestimmung im Anschluss an Waldenfels, der allerdings nur zwischen Selektion und Exklusion unterscheidet.

⁴ .Althusser, Louis, Über den jungen Marx, in: ders., Ideologie und ideologische Staatsapparate, Berlin 1977, S. 28; ders., Für Marx. Frankfurt 1968; Labica, Georges, Umkehrung, in: KWM, Bd. 8, S. 1350-1353.

ⁱⁱ Bauman, Zygmunt Globalisierung oder: Was für die einen Globalisierung, ist für die anderen Lokalisierung. In: Das Argument 217, 1996, pp. 653-664; Bauman, Zygmunt, Globalization. London: Polity Press 1998.

ⁱⁱⁱ Mit dem Begriff der intensivierten Globalisierung versuche ich, den Fallstricken der Diskussion zu entgehen, inwieweit es Globalisierung schon immer gegeben hat usw.

^{iv} Zum Denken des Politischen mit Schmitt über Schmitt hinausgehend siehe Herberg-Rothe, Andreas, Hannah Arendt und Carl Schmitt. Vermittlung von Freund und Feind. In: DER STAAT, 1, 2004,